Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 2

Buchbesprechung: Literatur
Autor: Brügel, J.W.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gefahren

Die Gefahren dieses Wahlkampfstiles liegen auf der Hand. In bezug auf die Spitzenkandidaten hängt alles von deren sorgfältiger Auswahl ab. Sind unsere Parteigremien imstande, die Persönlichkeitswirkungen objektiv zu beurteilen? Würden nicht Neid und Missgunst die Selektion verfälschen? Anderseits aber darf das Mitspracherecht der Parteimitglieder unter keinen Umständen beschränkt werden.

Auch die geforderten Entfaltungsmöglichkeiten für alle bergen Sprengstoff, weil die wirtschaftlichen und persönlichen Möglichkeiten der Kandidaten sehr verschieden sein können. Doch schon heute gibt es ja ausdrücklich oder stillschweigend ernannte Spitzenkandidaten, und schon heute sind die Entfaltungsmöglichkeiten unterschiedlich. Es geht deshalb weitgehend nur darum, bereits vorhandene Faktoren zu erkennen und bewusst für das gesamte Parteiinteresse einzusetzen. Es ist daher durchaus möglich, dass diese Personalisierungstaktik die Einheit der Partei nicht schwächt, sondern stärkt.

Literatur

Christopher Mayhews Enttäuschung

Christopher *Mayhew* ist ein 1915 geborener Labour-Abgeordneter, der dem Unterhaus mit einer Unterbrechung seit 1945 angehört. In der Zeit der Regierung Attlee (1945–1951) wurde er ins Aussenministerium berufen und hat als Unterstaatssekretär unter Ernest Bevin gute Arbeit geleistet, insbesondere in der Organisierung der kollektiven Verteidigung gegen die stalinistische Offensive, die damals ihre Hauptenergien der Bekämpfung der Sozialdemokratie widmete. In der Regierung Wilson hat Mayhew von 1964 bis 1966 das (inzwischen aufgelassene) Marineministerium geleitet, dessen Tätigkeit der Öffentlichkeit kaum zu Bewusstsein kommt, so dass Mayhews Mitgliedschaft in der Regierung weniger Aufmerksamkeit erregte als sein freiwilliger Austritt aus ihr. Es ging nicht um eine rein politische Frage, und Mayhew hatte an der politischen Linie der Regierung nichts auszusetzen. Aber die Admiralität hatte den Bau neuer Flugzeugträger verlangt, die Regierung und vor allem der Verteidigungsminister Denis Healey hatten sich dagegen ausgesprochen. In dieser Situation stellte sich Mayhew vor seine Fachberater und schied aus der Regierung aus. Seither hat er einigermassen überraschenderweise seine Hauptenergie der Unterstützung der arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel gewidmet und sich an die Spitze eines Komitees gestellt, das

in den Reihen Labours die Argumente gegen die Politik Israels popularisieren will. Mayhew betont, dass seine aggressive Haltung gegen Israel nicht als Antisemitismus ausgelegt werden dürfe, und ungleich der kommunistischen Propagandaoffensive gegen den Zionismus besteht kein Anlass, dieser Versicherung nicht zu glauben. In seinem Wahlkreis Woolwich im Südwesten Londons hat Mayhew viele jüdische Wähler, die über seine neu entdeckten Interessen recht unglücklich sind, aber in ihm keinen Feind des Judentums sehen.

Mayhew ist immer am rechten Flügel der Partei gestanden, der er seit seinen Studententagen angehört. Sein Interesse galt immer der Aussenpolitik; an der ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der Partei, an dem Kampf für oder gegen den «Bevanismus» oder um die Revision des Absatzes über Nationalisierung im Parteistatut von 1918 ist er stumm geblieben, wiewohl kein Zweifel darüber bestehen konnte, wo er hingehörte. Jetzt hat er die englische Öffentlichkeit mit einem Buch überrascht, das sozusagen seinen ganzen Glauben an den Sozialismus abschwört. «Party Games» (was man frei mit «Parteimanöver» übersetzen kann) von Christopher Mayhew ist vor allem ein autobiographisches Werk, in dem sich zum Beispiel bemerkenswerte Angaben darüber finden, wie Mayhew als Hochschüler in Oxford vor Kriegsausbruch sich kommunistischen Infiltrationsversuchen als Funktionär des sozialistischen Studentenbundes entgegenstellte. Mehr Aufmerksamkeit in der englischen Öffentlichkeit haben aber die Kapitel des Buches erhalten, in denen Christopher Mayhews Enttäuschung nicht nur über die eigene Partei und die sozialistische Ideologie, sondern mit dem ganzen politischen Leben zum Ausdruck kommt, mit dem, was er «Parteimanöver» nennt, mit den tagtäglichen Auseinandersetzungen im Parlament. Die Erklärung ist naheliegend, dass Mayhew, nachdem er sich selbst um die Möglichkeit gebracht hat, schöpferische Energien in einer Regierungsposition zur Geltung zu bringen, sich langweilt. Die Aufgabe, als einer von fast 350 sozialistischen Abgeordneten dem politischen Gegner im Tageskampf entgegenzutreten, bei dem es oft um kleinliche Dinge, um Versuche geht, ihn in einer Detailfrage ins Unrecht zu setzen, ist seinem Temperament nicht angemessen. Man kann das psychologisch verstehen. Muss man aber deshalb schon am Sozialismus und an allem, was man 30 Jahre lang verfochten hat, verzweifeln?

Manches, was Mayhew an den Kämpfen zwischen Regierung und Opposition im britischen Unterhaus aussetzt, ist zweifellos scharf beobachtet und richtig gesehen. Aber rechtfertigt das das negative Urteil, das das parlamentarische Getriebe ihm entlockt? Eine Zusammenfassung seiner Argumente kann man in den folgenden Sätzen des Mayhewschen Buches finden, Argumente, die mutatis mutandis für alle Länder mit parlamentarischer Demokratie gelten oder nicht gelten:

«Es gibt nicht länger sinnvolle Unterschiede in der Haltung oder der Ideologie zwischen den Parteien. Der Nachhall ihrer Tätigkeit verrät eine

tödliche Ähnlichkeit, die Debatten zwischen ihnen sind steril. Ihre Rivalität verhindert das Aufkommen neuer Gedanken oder politischer Bündnisse. Sie töten die Meinungsäusserung im Parlament ab. Sie stützen ihrer Aufgabe nicht gewachsene Minister. Sie vergeuden Zeit und Energie von Ministern und Abgeordneten im gleichen Masse – und sie spalten die Nation.»

Zweifelsohne ein hartes Urteil, nach dem man es schwer verstehen kann, dass Christopher Mayhew seine Absicht bekanntgegeben hat, bei den nächsten Wahlen wieder für die Labour Party zu kandidieren. Er kam sich bei der Formulierung seiner Einwendungen gegen die «Parteimanöver», die ihm so auf die Nerven gehen, wahrscheinlich sehr originell vor. Es ist merkwürdig, wie ein überdurchschnittlich intelligenter und begabter Mensch wie Mayhew im Entdeckerton Weisheiten verkünden kann, die ihm als begnadete Erkenntnisse erscheinen mögen, die aber nur die fast wörtliche Wiederholung der Ansicht eines anderen, ebenso einseitigen Beobachters der britischen politischen Szenerie sind. Robert Trelford *Mackenzie* ist als ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Kanadas vor etwa 25 Jahren nach London gekommen, wo er über politische Wissenschaft an der London School of Economics vorträgt und als Fernsehkommentator Millionen in Grossbritannien eine vertraute, fast allabendlich wiederkehrende Erscheinung ist. Es ist anzunehmen, dass er inzwischen seine Parteimitgliedschaft aufgegeben hat, um seine Unabhängigkeit zu betonen. 1955 hat er ein grosses Werk über die britischen politischen Parteien veröffentlicht, das später auch in einer deutschen Übersetzung herauskam (R. T. Mackenzie, «*Politische Parteien in England*», Westdeutscher Verlag, Köln 1961, 432 Seiten). 15 Jahre vor Mayhew hat er dort als sein Ceterum censeo verkündet:

«Zwei grosse monolithische Strukturen stehen einander jetzt (im Parlament) gegenüber und führen wütende Auseinandersetzungen über die verhältnismässig geringfügigen Dinge, die sie voneinander trennen.»

Für Mackenzie sind (wenigstens ist das die Quintessenz aus seinen Ausführungen) Konservative und Sozialisten mehr oder weniger «Hose wie Jacke», und er erkennt der Wählerschaft keinesfalls die Aufgabe zu, sich zwischen zwei oder mehreren divergierenden Auffassungen zu entscheiden:

«Die wesentliche Rolle der Wählerschaft ist nicht, Entscheidungen zu fällen, sondern niederzulegen, welche der zwei oder mehr miteinander in Wettbewerb stehenden Gruppen von potentiellen Führern die Entscheidungen treffen sollen.»

Niemand wird leugnen, dass im britischen Unterhaus wie in allen anderen Parlamenten viel leeres Stroh gedroschen wird und dass ein guter Teil der parlamentarischen Betätigung eine Vergeudung der Zeit von intelligenten Menschen ist, die anderswo Nützlicheres leisten könnten. Die das in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellen, vergessen nur, was Harold *Laski* einmal gesagt hat: dass die Alternative zum Parlament nur das Konzentrationslager ist. In der politischen Demokratie muss man nach

einem Wort des französischen Sozialisten Albert Thomas oft eine Lokomotive anheizen, um eine Stecknadel vorwärts zu bringen. Die Mayhews und Mackenzies verwechseln nur eine Erscheinungsform der Sache, und zwar jene, die ihnen in ihrem Wirken allein auffällt, mit der Sache selbst. Eine sozialistische Parlamentsfraktion mag eine übergrosse Energie an einen Versuch verschwenden, ihren politischen Gegnern in einer Angelegenheit minderer Bedeutung ein Bein zu stellen. Aber auch indem sie das tut, und selbst wenn sie das mehr aus Routine tun sollte als aus anderen Erwägungen, handelt sie im Dienste einer Idee, der sie zum Durchbruch verhelfen will.

Was sind nun die Vorstellungen von Mayhew zur Überwindung eines Zustandes, den er so eloquent beklagt? Er ist mit der Labour Party nicht zufrieden und will sie umgestaltet wissen. Er möchte, dass die Partei eine losere, mehr formlose Verbindung mit den Gewerkschaften hat – die typische Reaktion des Nur-Intellektuellen, die das Misstrauen gegen die Intellektuellen in der sozialistischen Bewegung zu stärken geeignet ist. Er träumt von einer Partei, die «meinungslos (unopinionated), tolerant, klassenlos, dezentralisiert, zusammengehalten eher von der radikalen Stimmung ihrer Mitgliedschaft als von einem politischen Dogma oder Klasseninteressen». Wieder mag sich Mayhew ungeheuer originell vorkommen, aber die Zukunftsvision, die er für seine Partei hat, ist nur die Wiederholung von Rezepten, die von «Ideologie-über-Bord-Werfern» seit Menschengedenken verschrieben wurden. (Die Forderung, die Labour Party möge tolerant sein, läuft nur offene Türen ein.) In der Politik geht es nicht anders zu als im Leben ausserhalb der politischen Sphäre. In einem Zweiparteienstaat wird es dem oberflächlichen Beobachter scheinen, als würde es zwischen diesen Parteien keine ins Gewicht fallenden Unterschiede geben. In einem kleinen Ort, in dem es nur zwei Krämer gibt, die nach den gleichen Kunden Ausschau halten, werden auch beide den Eindruck hervorrufen wollen, bei ihnen kaufe man, wenn nicht besser, so doch genau so ein wie bei der Konkurrenz; diesem Faktum müssen sich politische Parteien anpassen. Diese Notwendigkeit mag manchmal verheerende Auswirkungen haben, sobald sie ins Bewusstsein der Parteianhänger in Form einer politischen Überzeugung eindringt. Aber das ändert doch nichts an der historischen Mission, die alle sozialistischen Parteien haben, durch Verwirklichung ihrer Programme auf mehr soziale Gerechtigkeit und schliesslich auf den sozialistischen Idealzustand hinzuarbeiten. Wollte man Mayhews (und anderer) Vorschlägen nach Entideologisierung der sozialistischen Bewegung, nach Verzicht auf die Mission, der zu dienen sie geschaffen wurde, folgen, würden abfällige Bemerkungen über «Parteimanöver» erst ihre Berechtigung erhalten.

J. W. Brügel